

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Abt. Jugend
Jug Dez

02.12.2009
2330

Bezirksverordnetenvorsteherin o.V.i.A.

Sitzung am : 02.12.2009

über

Lfd. Nr. :

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 1284/XVIII

nachrichtlich den

Dringlichkeit

Fraktionen der

schriftlich

SPD, CDU, Grünen, FDP, Grauen und DIE LINKE

Konsensliste

Beantwortung der Mündlichen Anfrage

Betr.: Demokratiefeindliche Vereine im Aufwind?

Sehr geehrte Frau Vorsteherin, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schwarzer,
für das Bezirksamt beantworte ich Ihre mündliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie bewertet das Bezirksamt eine Veranstaltung des Jugendamtes unter Mitwirkung eines Vereins, dessen Ziel es ist, „die weltliche Ordnung zu überwinden und und durch ein islamisches Gemeinwesen zu ersetzen“?

Bei der Veranstaltung handelte es sich um einen von mehreren Terminen der Reihe „Islam in Neukölln – Dialog und Kontroverse“. Diese Reihe wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert und vom Arbeitskreis Migration und Menschenrechte und dem Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Migrationsbeauftragten des Bezirkes getragen. Es handelt sich dabei um eine Veranstaltungsreihe, die sich an eine Fachöffentlichkeit von Kräften der Jugendarbeit wendet und deren Fortbildung dient.

Das Projekt „Islam in Neukölln– Dialog und Kontroverse - Strategien zur Einbindung muslimischer Organisationen in die bezirklichen Netzwerke von Beteiligung und Verantwortung“ will zur Verbesserung der Kooperation mit den muslimischen Organisationen und Einrichtungen beitragen und Wege aufzeigen, sie stärker als bisher in die bezirklichen Netzwerke einzubinden.

Diese wünschenswerte Kooperation umfasst folgende Themenstellungen:

- die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus muslimischen Familien,
- die Verbesserung der sozialen Integration, d.h. insbesondere praktische Antworten zu finden für die desintegrativen Tendenzen von Gewalt in der Familie und Jugendkriminalität und – gewalt,
- die Sicherstellung der Religionsfreiheit und der individuellen Selbstbestimmung im Stadtteil und den Schutz vor Diskriminierung,
- den Schutz von Jugendlichen vor dem Einfluss radikaler, demokratiefeindlicher Strömungen des Fundamentalismus und Islamismus.

Dabei gilt es zu präzisieren, welche Kooperationen mit welchen Organisationen möglich sind, aber auch zu klären, in welchen Fällen seitens des Bezirksamtes keine Kooperation erwünscht ist und warum.

Zielgruppe des Projekts in 2009 sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes, des Jugendamtes, der Einrichtungen der Jugendhilfe und des Quartiersmanagements, sowie kooperierender Organisationen und Vertreterinnen und Vertreter der muslimischen Migrantinnen- und Moschee- sowie Jugendvereine in Neukölln. Durch die Fortbildung von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern soll gewährleistet werden, dass diese Informationen breit gestreut werden.

Die Zusammenarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der freien Träger und des Quartiersmanagements mit muslimischen Migrantinnenvereinen gestaltet sich häufig schwierig, wenn mehr als die Zusammenarbeit bei Sport- und Kiezfesten mit Buffet und Grillen gefordert ist.

Was wissen muslimische Migrantinnen und Migranten z.B. über die Arbeit des Jugendamtes zum Kinderschutz? Unterstützen Migrantinnenvereine das Jugendamt bei konkreten Fällen der Kindeswohlgefährdung? Kooperieren sie mit anderen Organisationen im Stadtteil? Sind sie qualifiziert, um öffentliche Gelder fachgerecht einzuwerben und abzurechnen?

Auch auf Seiten der Mitarbeiter der Verwaltung und der Einrichtungen des Jugendamtes, der freien Träger und des Quartiersmanagements gibt es Qualifizierungsbedarf. Welche Vereine kennen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung? Was wissen die Fachkräfte über die Ausrichtung der Vereine?

Auch fühlen sich viele Fachkräfte nicht hinreichend qualifiziert, um Konflikte, die aus Unkenntnis und/oder Ablehnung der Rechtslage, z.B. Kinder- und Frauenrechte, und einem anderen Verständnis von Familie und Erziehung erwachsen, pragmatisch-lösungsorientiert und kooperativ anzugehen.

Ziel der Dialogreihe ist es, Möglichkeiten der Kooperation auszuloten und wenn möglich zu vertiefen, aber auch Grenzen fundiert ziehen und vertreten zu können. Aktivitäten und Ziele von Vereinen, die Einfluss in der Neuköllner Bevölkerung und besonders auf Jugendliche ausüben, sollen verstanden und begleitet werden können, sei es durch Förderung und Unterstützung oder durch energisches Gegensteuern.

Deshalb wurde die Dialogreihe auch nicht voraussetzungslos gestartet, sondern intensiv vorbereitet. Im letzten Jahr wurden die Fachkräfte in sechs Veranstaltungen durch eine renommierte Islamwissenschaftlerin über die verschiedenen in Neukölln agierenden islamischen Strömungen und ihre organisatorischen Strukturen und Verflechtungen informiert. Diese Fortbildungen bildeten eine wichtige Grundlage für die Debatten in der Dialogreihe dieses Jahres.

Die Veranstaltungen des Jahres 2009 wurden ebenfalls mit fachlicher Unterstützung vorbereitet. Über die Vorbereitung wurde sichergestellt, dass die Vereine die Veranstaltung nicht als Plattform für eine kritikfreie Selbstdarstellung, sondern auch aus unserer Sicht problematische Aspekte thematisiert wurden und sich die Vereine dazu verhalten mussten. Die Veranstaltungen wurden mit den beteiligten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Bezirksamts und der beteiligten Träger der Jugendhilfe, des QMs etc. nachbereitet. In der Nachbereitung tauschten sich die Beteiligten über die neu gewonnenen Erkenntnisse aus, offen gebliebene Fragen werden weiter besprochen. Die Erkenntnisse der Reflektionsworkshops fließen in die weitere Planung der Veranstaltungsreihe mit ein.

Die Veranstaltungsreihe „Islam in Neukölln – Dialog und Kontroverse“ hat sehr viel dazu beigetragen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu befähigen, die verschiedenen islamischen Strömungen in Neukölln differenzierter wahrzunehmen. Auch die einzelnen islamischen Organisationen bilden keine monolithischen Blöcke. Auseinandersetzungen um Integration und Rückzug finden auch hier statt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben einen persönlichen Eindruck von den in den Vereinen aktiven Personen gewonnen und die Denk- und Argumentationsweisen zumindest im Ansatz kennengelernt. Für die weitere Arbeit mit Jugendlichen und Familien, die sich zu bestimmten islamischen Vereinen oder Personen hingezogen fühlen, ist dies von unschätzbarem Wert

Frage 2:

Werden in Zukunft weiterhin im Verfassungsschutzbericht regelmäßig erwähnte Institutionen

Die Reihe ist zunächst abgeschlossen. Für das Jahr 2010 soll jedoch ein Antrag auf Fortführung bei der Bundeszentrale für politische Bildung gestellt werden. Ziel der Fortführung ist die vertiefte Auseinandersetzung und ggf. auch die Anbahnung von Kooperationen mit Vereinen, die sich hierfür als geeignet erweisen. Darüber hinaus ist aber durchaus vorgesehen, auch in Zukunft gezielt Vereine einzuladen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Ziel ist hier das Kennenlernen der Denk- und Argumentationsweisen der handelnden Akteure. In der Arbeit mit Menschen, die eine Affinität zu problematischen Ideologien zeigen, nützt es wenig, diese darauf hinzuweisen, dass die betreffenden Vereine vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Erforderlich ist, dass unsere

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Akteure und Argumentation der betreffenden Vereine einschätzen können, um mit Jugendlichen und Familien in die Auseinandersetzung gehen, die Motivationslage verstehen und passende Unterstützungsmöglichkeiten entwickeln zu können.

Es gilt das gesprochene Wort!

Gabriele Vonnekold
Bezirksstadträtin